



Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzung am: Montag, 5. Februar 2024
Sitzungsbeginn öffentlicher Teil: 19:32 Uhr
Sitzungsende öffentlicher Teil: 20:59 Uhr
Ort: Vereinsraum Jakobstalhalle

Teilnehmer:

Erster Bürgermeister	Herpich Thomas
Zweite Bürgermeisterin	Ruf Karoline
Dritter Bürgermeister	Endres Bernd
Gemeinderat	Beck Josef
Gemeinderat	Bell Bernhard
Gemeinderat	Elbert Andreas
Gemeinderat	Günther Sven
Gemeinderat	Hofmann Reinhold
Gemeinderat	Mödl Maximilian
Gemeinderätin	Schmitt Tatjana
Gemeinderat	Schwalbe Tobias
Gemeinderat	Dr. Sonnek Georg
Gemeinderat	Stoll Marcus

Entschuldigt:

Gemeinderat	Lang Johannes
Gemeinderat	Seefried Holger

Schriftführer/-in:

GLBin	Heike Thoma
-------	-------------

Die Beschlussfähigkeit des Gemeinderates war gegeben.

TOP	Tagesordnung öffentliche Sitzung
------------	-----------------------------------------

- 01.** Gedenken für den ehem. verstorbenen Zweiten Bürgermeister und Gemeinderat Hans-Peter Gläbel
- 02.** Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit der Tagesordnung
- 03.** Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.01.2024 (öffentlicher Teil)
- 04.** Bildung von Ausschussgemeinschaften und Fraktionen;
Neubesetzung von Sitzen und Stellvertretern in verschiedenen Ausschüssen
- 04.01** Neubesetzung Ausschussvorsitz Rechnungsprüfungsausschuss und ASuK
- 04.02** Neubesetzung / Delegation eines Vertreters in zwei Abwasserverbänden etc.
- 05.** Entlastung der Jahresrechnung 2021,
Feststellung der Jahresrechnung 2021
- 06.** Antrag Gemeinderätin Tatjana Schmitt zur Bürgerbeteiligung bei der Belegung der Jakobstalhalle mit Geflüchteten
- 06.01** Information: Ingenieurtechn. Begutachtung der Anwesen Hauptstr. 25 und 31
- 07.** Antrag Fraktion SPD/PB Haltung der Jakobstalhalle zur Nutzung als Unterkunft für Geflüchtete
- 08.** Europawahlen: Erfrischungsgeld
- 09.** Bekanntmachung von Beschlüssen aus den Sitzungen vom 07.11.2023 und vom 12.12.2023, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist
- 10.** Informationen des Ersten Bürgermeisters
- 10.01** Information: Kassenprüfung 2023
- 10.02** Höhere Schlüsselzuweisung aus den Mitteln des Freistaats im Haushaltsjahr 2024
- 10.03** Information: Verlängerungen Baugenehmigungen KiTA-Interim
- 10.04** Information: Sanierung der Feuerwehrhauszufahrt
- 10.05** Einbau der Hubplattform Grundschule verschiebt sich
- 10.06** Sperrung der Durchfahrt Wirtschaftsweg / Waldweg Theilheim - Lindelbach
- 10.07** Bestandene Abschlussprüfung BL II einer Beschäftigten
- 10.08** Bericht vom Neujahrsempfang der Gemeinde
- 10.09** Nächster Sitzungstermin
- 11.** Fragen aus dem Gemeinderat
- 11.01** Fragen aus dem Gemeinderat: Helferkreis Seniorenbeauftragte / Nachbarschaftshilfe
- 11.02** Fragen aus dem Gemeinderat: Single-Treff: Aufstocken Kaffeekannen

TOP	Öffentliche Sitzung
------------	----------------------------

Erster Bürgermeister Herpich eröffnete um 19:32 Uhr die Sitzung und begrüßte die Mitglieder des Gemeinderates und die anwesenden Besucherinnen und Besucher.

Im Ratsinformationssystem ist der Vermerk zu der dieser Sitzung voran gegangenen Bürgerfragestunde hinterlegt.

TOP 01.	Gedenken für den ehem. verstorbenen Zweiten Bürgermeister und Gemeinderat
Lfd. Nr. 038	Hans-Peter Gläbel

Sachverhalt:

Hans-Peter Gläbel war von 1990 bis 1996 2. Bürgermeister der Gemeinde Theilheim und von 1990 bis 2014 Mitglied des Gemeinderates (SPD und PB).

Als Mitglied des Rechnungsprüfungs-, Finanz- und Personalausschusses (1990 – 2014), des Jugend-, Sport, Kultur- und Sozialausschusses (2002 – 2008), als Umweltbeauftragter der Gemeinde (2008 – 2014) und als stellvertretendes Ausschussmitglied der Abwasserzweckverbände Großraum Würzburg und Randersackerer Gruppe, leistete Hans-Peter Gläbel wertvolle, ehrenamtliche Arbeit zum Wohl der Gemeinde Theilheim.

Ohne seinen unermüdlichen Einsatz im Sportverein Theilheim 1949 e.V., zu dessen Ehrenmitglied er im Juni 2017 ernannt wurde, wäre unsere Vereinsarbeit um Vieles ärmer gewesen.

Wir verlieren mit Hans-Peter Gläbel einen aufrichtigen Demokraten und unermüdlichen Mitstreiter, dem das Wohl seiner Mitbürger*innen stets am Herzen lag.

Dafür gebührt ihm unser Dank und unsere Anerkennung.
Unsere Gedanken sind bei seiner Familie.

Für den Gemeinderat der Gemeinde Theilheim
Thomas Herpich
Erster Bürgermeister

Die Anwesenden erheben sich zum Gedenken.

TOP 02.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Einverständnis mit
Lfd. Nr. 039	der Tagesordnung

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich stellt fest, dass die Einladung ordnungsgemäß und fristgerecht ergangen ist. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Beschluss 1:

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben; mit der Tagesordnung besteht Einverständnis.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 03.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 08.01.2024 (öffentlicher Teil)
Lfd. Nr. 040	

Sachverhalt:

Hinweis: Die Niederschrift ist dieser Beschlussempfehlung bis zur Genehmigung durch den Gemeinderat im RIS als Anlage beigefügt, ebenso der Aktenvermerk zur Bürgerfragestunde.

Beschluss 1:

Die Niederschrift vom 08.01.2024 (öff. Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Abstimmungsbemerkung:

Zweite Bürgermeisterin Ruf enthält sich der Stimme; sie war in der Sitzung, deren Niederschrift zu genehmigen ist, nicht anwesend.

TOP 04.	Bildung von Ausschussgemeinschaften und Fraktionen;
Lfd. Nr. 041	Neubesetzung von Sitzen und Stellvertretern in verschiedenen Ausschüssen

Sachverhalt:**1. Rechtliche Unterscheidung zwischen Ausschussgemeinschaften und Fraktionen**

Auf die Mail des Landratsamtes Würzburg vom 08.01.2024, die allen Gemeinderatsmitgliedern bereits vorliegt, wird verwiesen, ebenso auf den in der Beschlussempfehlung zitierte Beschluss des BayVGH vom 07.12.2020 (in der Anlage beigefügt).

Bildung von Ausschussgemeinschaft:

„Kleinere Gruppen können sich, um in den Ausschüssen berücksichtigt zu werden, zu diesem Zweck zusammenschließen (Ausschussgemeinschaften).

Als reine Zweckbündnisse setzen sie keine inhaltlichen Gemeinsamkeiten der sich Zusammenschließenden voraus (...).

Ein auf die Ausschussbesetzung durchschlagender Zusammenschluss i. S. von Absatz 1 Satz 5 ist nur zulässig, wenn sich Mandatsträger verbinden, die sonst im Ausschuss nicht vertreten wären.

Es dürfen sich also nur „Kleine mit Kleinen“, nicht aber „Kleine mit Großen“ oder „Große mit Großen“ zusammenschließen, da andernfalls der Grundsatz, dass der Ausschuss ein verkleinertes Spiegelbild des Gemeinderats sein soll, in Frage gestellt werden könnte.

Das Gesetz will in den Ausschüssen die Mitarbeit sonst nicht vertretener kleiner Parteien oder Gruppen ermöglichen (und dient damit dem Minderheitenschutz), aber nicht die Basis ohnehin vertretener Parteien verstärken (...).“

Gemeindeordnung mit Verwaltungsgemeinschaftsordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung für den Freistaat Bayern (Hözl/Hien/Huber), Stand Dez. 2023

Bildung von Fraktionen:

„Nach Art. 33 Abs. 1 Satz 2 GO hat der Gemeinderat bei der Zusammensetzung der von ihm gebildeten Ausschüsse dem Stärkeverhältnis der in ihm vertretenen Parteien und Wählergruppen Rechnung zu tragen.

Nach Art. 33 Abs. 1 Satz 5 GO können sich Gemeinderatsmitglieder – unter bestimmten Umständen – zur Entsendung gemeinsamer Vertreter in die Ausschüsse zusammenschließen. Das Gesetz verwendet im Zusammenhang mit der Ausschussbesetzung nicht den Begriff Fraktion.

Die Unterscheidung zwischen dem, was landläufig als Fraktion bezeichnet wird, und dem, was Art. 33 Abs. 1 Satz 2 GO mit Parteien und Wählergruppen meint, ist rechtlich bedeutsam. In welcher Weise die Parteien und Wählergruppen oder auch einzelne Gemeinderatsmitglieder zusammenarbeiten, obliegt ihrer freien Entscheidung.

Jedoch stellt Art. 33 Abs. 1 Satz 2 GO nicht auf freiwillige Fraktionszusammenschlüsse, sondern auf das Stärkeverhältnis der im Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählergruppen ab, wie es sich aus dem Votum der Bürger in der Gemeinderatswahl ergibt.

Hieran ist der Gemeinderat bei der Verteilung der Ausschusssitze grundsätzlich gebunden. Fraktionszusammenschlüsse und Fraktionswechsel sind nur unter bestimmten Voraussetzungen bei der Ausschussbesetzung zu berücksichtigen.

Nach Art. 33 Abs. 3 Satz 1 GO sind während der Wahlzeit im Gemeinderat eintretende Änderungen des Stärkeverhältnisses der Parteien und Wählergruppen – im Hinblick auf die Ausschussbesetzung – auszugleichen.

Das bedeutet jedoch nicht, dass Parteien und Wählergruppen oder einzelne Gemeinderatsmitglieder sich beliebig zusammenfinden können, um als Fraktion für die Ausschussbesetzung nach ihrem Stärkeverhältnis im Gemeinderat berücksichtigt zu werden. Nach ständiger Rechtsprechung des Senats liegt eine für die Ausschussbesetzung beachtliche Änderung des Stärkeverhältnisses der Parteien und Wählergruppen, wie sie aus der Wahl hervorgegangen sind, nur vor, wenn der Eintritt oder Übertritt eines Ratsmitglieds in eine aus den Mitgliedern einer anderen Partei oder Wählergruppe gebildete Fraktion eine Abkehr von bisherigen Positionen und Wählerschaften darstellt.

Mit einer Abkehr von den bisherigen Positionen und Wählerschaften muss zugleich eine Hinwendung zu der neuen Gruppierung verbunden sein.

Denn nur dann wird deren Mitgliederzahl vergrößert und das Stärkeverhältnis verändert (...). Diese für den Fraktionswechsel einzelner Ratsmitglieder entwickelten Grundsätze gelten – mit Ausnahme von zulässigen Ausschussgemeinschaften – in gleicher Weise auch für den Zusammenschluss von Parteien oder Wählergruppen während oder zu Beginn einer neuen Wahlperiode (...).

Die Möglichkeit, dass sich abweichend von dem Stärkeverhältnis der Parteien und Wählergruppen, die zur Wahl standen, aufgrund von Vereinbarungen Fraktionen partei- und wählergruppenübergreifend bereits zu Beginn der Wahlperiode neu bilden könnten, wird von der Vorschrift des Art. 33 Abs. 3 Satz 1 GO ebenfalls erfasst, die auf sämtliche Änderungen „während der Wahlzeit“ abstellt.“

(aus Bayerischer Verwaltungsgerichtshof 07.12.2020 / 4 CE 20.2032 Nrn. 35 und 36)

2. Rückblick 2020 - 2023: Eintritt des Gemeinderatsmitglieds Mödl in die Fraktion MTg oder (unzulässige) Ausschussgemeinschaft mit der MTg?

Ob zwischen dem Gemeinderatsmitglied Mödl und der MTg lediglich eine (unzulässige) Ausschussgemeinschaft bestand oder das Gemeinderatsmitglied Mödl tatsächlich in die Fraktion MTg eingetreten ist, beantwortet sich aus den nachfolgenden Fakten:

Diese und die Außenwirkung sprechen eindeutig für eine (unzulässige) Ausschussgemeinschaft:

Das Sitzungsprotokoll der konstituierenden Gemeinderatssitzung vom 12.05.2020 legt dies nahe:

- a) Denn bei der Besetzung der Ausschüsse wird das Gemeinderatsmitglied Maximilian Mödl der „FDP/MTg“ zugeordnet, die übrigen Gemeinderatsmitglieder der MTg wurden hingegen der Wählergruppe „MTg“ zugeordnet.
- b) Nach (!) erfolgter Bildung und Besetzung der Ausschüsse am 12.05.2020 (unter TOP 7) enthält das Sitzungsprotokoll folgende Information unter TOP 10:

Benennung der Fraktionsvorsitzenden und deren Stellvertreter

Sachvortrag:

Im Gemeinderat der Gemeinde Theilheim sind folgende Parteien und Wählergruppen bzw. Fraktionen vertreten:

- 1. CSU
- 2. SPD und Parteilfreie Bürger
- 3. FDP
- 4. MTg

Für eine konstruktive Arbeit im Gemeinderat oder auch für kurzfristige Absprachen haben sich in der Vergangenheit die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden als Ansprechpartner bewährt.

Von den Fraktionen werden folgende Fraktionsvorsitzenden benannt:

Partei/Wählergruppe	Name (Vertreter)
CSU	Karoline Ruf (Bernhard Bell)
SPD und Parteilfreie Bürger	Bernd Endres (Marita Gläbel)
MTg	Holger Seefried (Tatjana Schmitt)

Seit Beginn der aktuellen Wahlzeit des Gemeinderats sind damit unverändert vier Wahlvorschlagsträger im Gemeinderat Theilheim vertreten (CSU, SPD u. FB, FDP, MTG).

Eine Fraktion muss auf gemeinsamen Grundanschauungen beruhen (= Unterschied zur Koalition). In der Gemeinderatssitzung am 12.09.2023 sah sich Erster Bürgermeister Herpich veranlasst klarzustellen, dass „die Fraktion MTG (Miteinander Theilheim gestalten) nicht der Partei FDP (Freie Demokratische Partei) zuzuordnen ist.“

Es lag eine (unzulässige) Ausschussgemeinschaft, nicht jedoch die Bildung eine Fraktion vor, auch wenn sowohl der Fraktionsvorsitzende der MTg, Holger Seefried, mit Schreiben vom 22.12.2023 mitteilt, dass „gegen das Ausscheiden von Herrn Maximilian Mödl, FDP, aus der MTg-Fraktion keine Bedenken bestehen und Herr Mödl mit Schreiben vom 08.01.2024 – unter Verwendung von Briefpapier der FDP - erklärt, dass er „nochmals schriftlich den Austritt aus der Fraktion „Miteinander Theilheim gestalten“ erklärt und dass er seit dem 07.01.2024 der neuen „SPD, PB und FDP-Fraktion“ angehört.

Für die Vergangenheit gilt:

Bei unrichtiger Ausschussbesetzung bleibt die Wirksamkeit bisher gefasster Beschlüsse bzw. vorgenommener Abstimmungen entsprechend dem Rechtsgedanken des Art. 50 Abs. 6 GLKrWG unberührt.

3. Neubildung einer Fraktion „SPD, PB und FDP“?

Mit Schreiben vom 03.01.2024 teilt Bernd Endres in seiner Eigenschaft als Fraktionsvorsitzender mit, dass „sich eine neue Fraktion gebildet hat.

Die neue Fraktion trägt den Namen „SPD, PB und FDP“.

Mitglieder der Fraktion sind Maximilian Mödl, Sven Günther, Tobias Schwalbe und Bernd Endres.“

„Es steht den Gemeinderatsmitgliedern frei, ob und zu welchen Fraktionen sie sich zusammenschließen wollen (Selbstorganisationsrecht).

Meist werden sich Mitglieder derselben Partei oder Wählergruppe zusammenschließen; aber auch Mandatsträger aus verschiedenen Wahlvorschlägen können sich zu einer Fraktion zusammenschließen (...).

Von Fraktion kann aber nur gesprochen werden, wenn der Zusammenschluss nicht nur zu einem vorübergehenden Zweck gebildet wird und auf gemeinsamen Grundanschauungen beruht (...).“

Gemeindeordnung mit Verwaltungsgemeinschaftsordnung, Landkreisordnung und Bezirksordnung für den Freistaat Bayern (Hözl/Hien/Huber), Stand Dez. 2023

Der Sachverhalt wurde auch mit dem Bayer. Gemeindetag, XXXXXXXXX am 25.01.2024 telefonisch abgestimmt, der auf den oben zitierten VGH-Beschluss verwies:

„Es besteht im Gemeinderat Koalitionsfreiheit, d. h. Gemeinderatsmitglieder können zusammen arbeiten. Solange sie für ihre Partei im Gremium sitzen wollen, ist dies nicht ausschussrelevant. Eine für die Ausschussbesetzung beachtliche Änderung des Stärkeverhältnisses der Parteien und Wählergruppen, wie sie aus der Wahl hervorgegangen sind, liegt nur vor, wenn der Eintritt oder Übertritt eines Ratsmitglieds in eine aus den Mitgliedern einer anderen Partei oder Wählergruppe gebildete Fraktion eine Abkehr von bisherigen Positionen und Wählerschaften darstellt. Mit einer Abkehr von den bisherigen Positionen und Wählerschaften muss zugleich eine Hinwendung zu der neuen Gruppierung verbunden sein.

Plastisch gesprochen:

Das Ratsmitglied verlässt seine politische Heimat, es will nicht mehr für die Liste im Gemeinderat sitzen, für die es gewählt wurde, und wechselt seine politische Farbe.

Denn nur unter dieser Voraussetzung wird das Stärkeverhältnis verändert.

Ansonsten gilt: Das Wahlergebnis ist entscheidend für die Zusammensetzung der Ausschüsse.“

Eine entsprechende Erklärung eines oder mehrerer Gemeinderatsmitglieder, dass sie sich von ihren bisherigen Positionen abkehren und sich zu den Positionen einer neuen Gruppierung hinwenden, liegt zum Zeitpunkt des Auslaufs der Sitzungseinladung nicht vor.

Damit ist bei Bildung der Ausschüsse auf das Wahlergebnis der Kommunalwahlen 2020 abzustellen.

4. Aufgrund des Nachrückens von Herrn Gemeinderat Tobias Schwalbe (für das ehem. Gemeinderatsmitglied Marita B. Gläbel) und der bisherigen teilweise fehlerhaften Besetzung der Ausschüsse sind Umbesetzungen in den Ausschüssen vorzunehmen

Zur Ermittlung der Ausschusssitze wurde die Berechnung nach Hare-Niemeyer mit folgenden Ergebnissen durchgeführt; die Berechnungen wurden mit dem Ausschusskalkulator der Hochschule für den öffentlichen Dienst in Bayern Fachbereich Allgemeine Innere Verwaltung vorgenommen:

Ausschussstärke: 3 Sitze (Bauausschuss KiTA):

Der Ausschuss ist wie folgt zu besetzen:

CSU:	1 Sitz
SPD und PB:	1 Sitz
FDP:	-
MTg:	1 Sitz

Ausschussstärke: Rechnungsprüfungsausschuss:

Der Ausschuss ist wie folgt zu besetzen:

CSU:	2 Sitze
SPD und PB:	1 Sitz
FDP:	-
MTg:	2 Sitze

Ausschussstärke: 6 Sitze:

Der Ausschuss ist wie folgt zu besetzen:

CSU:	2 Sitze
SPD und PB:	1 Sitz
FDP:	1 Sitz
MTg:	2 Sitze

Der vorliegende Sachvortrag wurde mit dem Landratsamt Würzburg, Kommunalaufsicht, abgestimmt. Die Kommunalaufsicht hat am 30.01.2024 folgende Stellungnahme abgegeben: „Die in Ihrer Beschlussvorlage unter Verweis auf Ihre Rücksprache mit dem BayGT und den Beschluss des BayVGH vom 07.12.2020, Az. 4 CE 20.2032, dargestellte Rechtslage teile ich. Zusammengefasst heißt das, dass die FDP seit Beginn Wahlzeit des Gemeinderats 2020 bis heute mit einem Sitz im Gemeinderat vertreten ist, da der Zusammenschluss des Gemeinderatsmitglieds der FDP bisher mit der Fraktion MTG und jetzt mit der Fraktion SPD u. PB mangels erkennbarer Abwendung von der bisherigen Partei und Wählerschaft nicht die Bildung einer „echten“ Fraktion darstellt (vgl. Prandl/Zimmermann/Büchner/Pahlke, Kommunalrecht in Bayern, Stand: 20.04.2023, Erl. 3.2 zur Art. 33 GO). Nur dies würde jedoch eine Änderung des Stärkeverhältnisses der im Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählergruppen i. S. d. Art. 33 Abs. 3 Satz 1 GO auslösen.“

Auch konnte bzw. kann dieser Zusammenschluss der FDP mit der MTG bzw. SPD u. PB aufgrund Beteiligung jeweils mind. einer ausschussfähigen Fraktion (MTG bzw. SPD u. PB) nicht zumindest als Ausschussgemeinschaft i. S. d. Art. 33 Abs. 1 Satz 5 GO gewertet werden (a. a. O., Erl. 7 zu Art. 33 GO).

Daher wären Stand heute nunmehr die Ausschüsse entsprechend der Rechtslage ausgehend vom Ergebnis der Gemeinderatswahl 2020 (CSU: 5 Sitze, SPD u. PB: 3 Sitze, FDP 1 Sitz, MTG: 5 Sitze) richtig zu besetzen, die bisher von unrichtig besetzten Ausschüssen getroffenen Beschlüsse behalten aber gem. Art. 50 Abs. 6 GLKrWG analog ihre Gültigkeit (vgl. a. a. O., Erl. 4.3 zu Art. 33 GO). (...)“

Ergänzung am 02.02.2024:

Herr Bernd Endres, Fraktionsvorsitzender SPD und PB und Herr Maximilian Mödl haben am 01.02.2024 bzw. am 02.02.2024 Erklärungen abgegeben (beide Schreiben sind als Anlage beigefügt).

In der Beschlussempfehlung sind die von Herrn Mödl benannten Personen zur Ausschussbesetzung eingefügt.

Herr Endres hat auf Nachfrage – unter Verweis auf seine Mail vom 07.01.2024 – für die Fraktion SPD und PB mündlich die Personen für die Ausschussbesetzung benannt und erklärt, dass Stv. Fraktionsvorsitzender für die Fraktion SPD und PB Herr Tobias Schwalbe ist.

Die Beschlussempfehlung wurde entsprechend abgeändert.

Ergänzung am 05.02.2024:

Die MTG-Fraktion hat die Personen für die noch offenen Sitze für die Ausschussbesetzung benannt; einzig noch nicht benannt wurde der offene Sitz im Ferienausschuss, die Besetzung ist vor Beschlussfassung durch die MTG noch zu benennen.

Die Beschlussempfehlung wurde entsprechend abgeändert.

Rechtslage:

Auf § 6 der Geschäftsordnung wird verwiesen.

Jede Fraktion hat einen Rechtsanspruch darauf, dass ihr eine ihrem Stärkeverhältnis entsprechende Zahl von Ausschusssitzen zugeteilt wird.

Die Bestellung anderer als der von den Parteien oder Wählergruppen vorgeschlagenen Personen ist nicht zulässig.

Der **Vorgeschlagene** muss **nicht** der betreffenden Partei oder Wählergruppe **angehören**; im Rahmen der sich nach Art. 33 Abs. 1 Satz 2 GO ergebenden Sitzzahl kann die Partei oder Wählergruppe auch sich nur zu ihr „Bekennende“, ja selbst Mitglieder anderer Parteien oder Wählergruppen vorschlagen (VGH, BayVBl 1971, 114/115 = BayBgm 1971, 171/172 = FSt 1971 RdNr. 447; BayVBl 1989, 177/179; Streinz in BayVBl 1983, 705/708 und für die Zusammensetzung des Rechnungsprüfungsausschusses FSt 1978 RdNr. 312), dies allerdings nur mit deren ausdrücklicher oder stillschweigender Zustimmung.

Auszug aus dem Kommentar Prandl/Zimmermann/Büchner/Pahlke, Kommunalrecht in Bayern, zu Art. 33 GO Rn. 6

Das verfassungsrechtliche Spiegelbildlichkeitsprinzip gilt nicht für die mit Gemeindevertretern besetzten Organe der kommunalen Unternehmen.

Beschluss 1:

Aufgrund des Nachrückens von Herrn Gemeinderat Tobias Schwalbe (für das ehem. Gemeinderatsmitglied Marita B. Gläbel) und der zugrunde zu legenden Stärkeverhältnisse der Kommunalwahlen 2020 sind Umbesetzungen in den Ausschüssen vorzunehmen. Gemäß Vorschlag der im Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählergruppen erfolgt die Besetzung der Ausschüsse wie folgt:

Rechnungsprüfungsausschuss: 4 Sitze + Vorsitzender

Mitglieder	Vertreter
Bernhard Bell	Karoline Ruf
Johannes Lang	Reinhold Hofmann
Holger Seefried	Tatjana Schmitt
Dr. Georg Sonnek	Andreas Elbert
Bernd Endres	Maximilian Mödl

Aus dem Gremium heraus ist ein Vorsitzender und dessen Stellvertreter unter TOP 04.1 zu bestimmen.

Die Kommunalaufsicht hat am 30.01.2024 auf folgendes hingewiesen:

„Erst wenn die 5 Ausschusssitze entsprechend Art. 33 Abs. 3 GO besetzt sind – bestellbar wäre hier ausnahmsweise auch der erste Bürgermeister, was jedoch nicht zu empfehlen ist - wäre eines der Ausschussmitglieder gem. Art. 103 Abs. 2 GO vom Gemeinderat zum Ausschussvorsitzenden und zweckmäßigerweise ein weiteres Ausschussmitglied zum stellv. Ausschussvorsitzenden zu bestimmen (vgl. a. a. O., Erl. 7 und 8 zu Art. 103 GO).“

Finanz- und Personalausschuss: 6 Sitze

Mitglieder	Vertreter
Karoline Ruf	Bernhard Bell
Reinhold Hofmann	Josef Beck
Dr. Georg Sonnek	Andreas Elbert
Holger Seefried	Marcus Stoll
Sven Günther	Bernd Endres
Maximilian Mödl	Tobias Schwalbe

Grundstücks- und Bauausschuss: 6 Sitze

Mitglieder	Vertreter
Josef Beck	Reinhold Hofmann
Bernhard Bell	Johannes Lang
Marcus Stoll	Dr. Georg Sonnek
Andreas Elbert	Tatjana Schmitt
Sven Günther	Bernd Endres
Maximilian Mödl	Tobias Schwalbe

Ausschuss für Dorfentwicklung, Natur- und Umweltschutz: 6 Sitze

Mitglieder	Vertreter
Karoline Ruf	Reinhold Hofmann
Johannes Lang	Josef Beck
Dr. Georg Sonnek	Holger Seefried
Andreas Elbert	Tatjana Schmitt
Bernd Endres	Sven Günther
Tobias Schwalbe	Maximilian Mödl

Ausschuss für Soziales und Kultur: 6 Sitze

Mitglieder	Vertreter
Johannes Lang	Josef Beck
Reinhold Hofmann	Bernhard Bell
Tatjana Schmitt	Andreas Elbert
Marcus Stoll	Holger Seefried
Sven Günther	Bernd Endres
Tobias Schwalbe	Maximilian Mödl

Bauausschuss KITA: 3 Sitze

Mitglieder	Vertreter
Karoline Ruf	1. Stv. Reinhold Hofmann
	2. Stv. Johannes Lang
Bernd Endres	Tobias Schwalbe
Dr. Georg Sonnek	Marcus Stoll

Ferienausschuss: 6 Sitze

Mitglieder	Vertreter
Andreas Elbert	Dr. Georg Sonnek
Holger Seefried	Marcus Stoll
Karoline Ruf	Bernhard Bell
Johannes Lang	Reinhold Hofmann
Bernd Endres	Sven Günther
Maximilian Mödl	Tobias Schwalbe

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 04.01	Neubesetzung Ausschussvorsitz Rechnungsprüfungsausschuss und ASuK
Lfd. Nr. 042	

Sachverhalt:

Ergänzender Hinweis zum Ausschuss ASuK: Erster Bürgermeister Herpich hat den Vorsitz im Ausschuss für Soziales und Kultur dauerhaft auf zweite Bürgermeisterin Ruf übertragen; erster Bürgermeister Herpich ist in diesem Ausschuss Vertreter der zweiten Bürgermeisterin.

Beschluss 1:

Zum Vorsitzende/r im Rechnungsprüfungsausschuss wird wie folgt bestimmt:

Funktion:	Name:
Vorsitzende/r:	Endres Bernd

Abstimmungsergebnis: 4 : 9

Abstimmungsbemerkung:

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses ist kein(e) Vorsitzende(r) bestimmt.

Beschluss 2:

Zum Vorsitzende/r im Rechnungsprüfungsausschuss wird wie folgt bestimmt:

Funktion:	Name:
Vorsitzende/r:	Dr. Sonnek Georg

Abstimmungsergebnis: 9 : 4

Beschluss 3:

Zum Stv. Vorsitzenden im Rechnungsprüfungsausschuss wird wie folgt bestimmt:

Funktion:	Name:
Stv. Vorsitzende/r:	Bernd Endres

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

Beschluss 4:

Vorsitzende/r und Stellvertreter/in im ASuK werden wie folgt bestimmt:

Funktion:	Name:	Vertreter:
Vorsitzende/r:	Ruf Karoline	Herpich Thomas

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 04.02	Neubesetzung / Delegation eines Vertreters in zwei Abwasserverbänden etc.
Lfd. Nr. 043	

Beschluss 1:

Es werden folgende Vertreter festgelegt:

- **3. Vertreter der Gemeinde Theilheim für die Verbandsversammlung Zweckverband Abwasserbeseitigung Großraum Würzburg: Bernd Endres**
- **3. Vertreter der Gemeinde Theilheim für die Verbandsversammlung Zweckverband Abwasserbeseitigung Randersackerer Gruppe: Bernd Endres**

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

Beschluss 2:

Es werden folgende Vertreter festgelegt:

- **Stellvertreter des 3. Vertreters für die Verbandsversammlung Zweckverband Abwasserbeseitigung Großraum Würzburg: Bernhard Bell**
- **Stellvertreter des 3. Vertreters für die Verbandsversammlung Zweckverband Abwasserbeseitigung Randersackerer Gruppe: Bernhard Bell**

Abstimmungsergebnis: 6 : 7

Abstimmungsbemerkung:

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses ist weder ein Stellvertreter des 3. Vertreters für die Verbandsversammlung Zweckverband Abwasserbeseitigung Großraum Würzburg noch ein Stellvertreter des 3. Vertreters für die Verbandsversammlung Zweckverband Abwasserbeseitigung Randersackerer Gruppe festgelegt.

Beschluss 3:

Es werden folgende Vertreter festgelegt:

- **Stellvertreter des 3. Vertreters für die Verbandsversammlung Zweckverband Abwasserbeseitigung Großraum Würzburg: Tobias Schwalbe**
- **Stellvertreter des 3. Vertreters für die Verbandsversammlung Zweckverband Abwasserbeseitigung Randersackerer Gruppe: Tobias Schwalbe**

Abstimmungsergebnis: 12 : 1

Abstimmungsbemerkung:

Damit sind Vertreter der Gemeinde Theilheim

a) für die Verbandsversammlung Zweckverband Abwasserbeseitigung Großraum Würzburg

Vertreter: 1. Bgm. Thomas Herpich, Stv.: 2. Bgm. Karoline Ruf

Vertreter: Josef Beck, Stv.: Reinhold Hofmann

Vertreter: Bernd Endres, Stv. Tobias Schwalbe

b) für die Verbandsversammlung Zweckverband Abwasserbeseitigung Randersackerer Gruppe

Vertreter: 1. Bgm. Thomas Herpich, Stv.: 2. Bgm. Karoline Ruf

Vertreter: Josef Beck, Stv.: Reinhold Hofmann

Vertreter: Bernd Endres, Stv. Tobias Schwalbe

Beschluss 4:

Es werden folgende Vertreter festgelegt:

Mitglieder des Büchereikuratoriums:

Vertreter:
Karoline Ruf
Tatjana Schmitt
Maximilian Mödl

Die übrigen Besetzungen bleiben unverändert bestehen.

Abstimmungsergebnis: 13 : 0

TOP 05.	Entlastung der Jahresrechnung 2021,
Lfd. Nr. 044	Feststellung der Jahresrechnung 2021

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich ist persönlich beteiligt. Er übergibt den Vorsitz an die Zweite Bürgermeisterin Ruf.

Zweite Bürgermeisterin Ruf erteilt dem Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses Bernhard Bell das Wort:

Der Prüfungsbericht der örtlichen Rechnungsprüfung 2021 vom 20.12.2023 liegt der Verwaltung vor. Am Sitzungstag des Rechnungsprüfungsausschusses dem 11.05.2023 wurden die Finanzen und weitere Themen des Jahres 2021 stichprobenartig geprüft.

Das Ausschussmitglied des Rechnungsprüfungsausschusses Bell erläutert hierzu folgendes:	Anmerkung
Prüfung des Zahlungsverkehrs 2021 anhand von Stichproben Die Abwicklung wurde korrekt vorgenommen. Die Kontoauszüge zu zwei Auszahlungen, welche in der Sitzung nicht vorgelegt werden konnten, wurden nachgereicht.	
Prüfung der im Jahr 2021 geleisteten Überstunden Verwaltung + Bauhof Die Überstunden werden hauptsächlich durch Freizeit abgegolten und nur in Ausnahmefällen ausgezahlt. Aktuell schreibt der Bauhof seine Stundenzettel handschriftlich. Durch die Verwaltung wird eine	Es wird durch die Gemeinde voraussichtlich im Laufe des Jahres 2024 die elektronische Zeiterfassung eingeführt.

Excelliste mit der Zuordnung auf die einzelnen Kostenstellen geführt. Vom Rechnungsprüfungsausschuss wird angeregt, diese Abläufe zu automatisieren.	
Nach Ansicht des Rechnungsprüfungsausschusses würde beim Abbau von Überstunden eine Genehmigung durch den Bauhofleiter genügen.	Ob dies für die Zukunft so umgesetzt werden kann, muss noch intern geklärt werden.
Freiwillige Leistungen von Bauhof und Verwaltung (u.a. Befüllung von Swimmingpools) Im Jahr 2021 wurde für das Ausführen der Arbeiten durch den Bauhof nur der Wasserverbrauch an den Bürger verrechnet. Ab dem Jahr 2022 wurde für das Befüllen von Swimmingpools durch den Bauhof nun neben den Wassergebühren auch die Abwassergebühren und die Lohnkosten des Bauhofs an den Bürger verrechnet.	Zwischenzeitlich wurde eine Dienstanweisung erlassen, nach der die Gemeinde keine privaten Swimming-Pools mehr befüllt: 2023 wurden diese freiwilligen Leistungen nicht mehr erbracht.
Inanspruchnahme von öffentlichem Verkehrsgrund (Stellen von Kränen, Straßensperrungen) Wenn der Bauhof Schilder zur Baustelle bringt und dort aufstellt, soll laut Ansicht des Rechnungsprüfungsausschusses diese Dienstleistung dem Antragsteller mit in Rechnung gestellt werden. Außerdem wird empfohlen, die seit langem nicht mehr angepassten Pauschalbeträge zu erhöhen.	Der Gemeinderat wird sich mit dieser Thematik in einer der kommenden Sitzungen beschäftigen.
Prüfung der Gewerbesteuersolllisten Es wurden keine Auffälligkeiten festgestellt.	
Sonstiges <ul style="list-style-type: none"> Die Unterlagen zur IT neues Rathaus werden erst geprüft, wenn die Maßnahme komplett abgeschlossen ist. Die höheren Ausgaben beim Unterhalt der Wasserversorgung in Höhe von ca. 58.000 € wurden durch eine gestiegene Anzahl von Wasserrohrbrüchen verursacht. 	
Annahmeanordnung 2041 Es handelt sich um eine Berechnung für die Leihgabe von Tischen und Stühlen aus der Jakobstalhalle. Dem Rechnungsprüfungsausschuss erscheint die Leihgebühr sehr niedrig und es stellt sich die Frage, ob das Mobiliar überhaupt verliehen werden sollte.	Es gibt einen Gemeinderatsbeschluss vom 07.04.2003 in dem das Nutzungsentgelt festgelegt wurde.

Gebührenordnung Friedhof

Die Gebührensatzung für den Friedhof stammt aus dem Jahr 2018. Es wird empfohlen die Gebühren für den Friedhof zu prüfen und ggf. anzupassen. Maßstab dafür sollen Kommunen im Umland sein.

Die Verwaltung wird im Laufe des Jahres einen Gebührenvergleich anstellen und das Ergebnis dem Gemeinderat vorlegen.

Das Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses Bernhard Bell teilt mit, dass gemäß Sitzung vom 11.05.2023 die Entlastung für das Jahr 2020 erteilt werden kann; der Verwaltung wird eine ordnungsgemäße und sorgfältige Dokumentation und Abwicklung der umfangreichen Zahlungs- und Verwaltungsvorgänge bestätigt.

Beschluss 1:

Für die festgestellte Jahresrechnung 2021 wird gemäß Art. 102 Abs. 3 Satz 1 GO hiermit Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Beschluss 2:

Die im Haushaltsjahr 2021 angefallenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben (Haushaltsüberschreitungen) werden, soweit sie erheblich sind und die Genehmigung nicht schon in früheren Gemeinderatsbeschlüssen erfolgt ist, gemäß Art. 66 Abs. 1 GO nachträglich genehmigt.

Die Jahresrechnung für 2021 wird gemäß Art. 102 Abs. 3 GO mit dem nachfolgenden Ergebnis festgestellt:

Feststellung des Ergebnisses (§ 79 KommHV)

EINNAHMEN		Verwaltungs- haushalt	Vermögens- haushalt	Gesamt-Haushalt
		€	€	€
Soll lfd. Haushaltsjahr		4.959.206,91	2.143.342,88	7.102.549,79
neue Haushaltsreste	+	0,00	0,00	0,00
Abgänge auf Haushaltsreste aus Vorjahr	-	0,00	0,00	0,00
Abgänge auf Kassenreste aus Vorjahren	-	5,00	0,00	5,00
Bereinigte Soll-Einnahmen	=	4.959.201,91	2.143.342,88	7.102.544,79

Ausgaben		Verwaltungs- haushalt	Vermögens- haushalt	Gesamt-Haushalt
		€	€	€
Soll lfd. Haushaltsjahr		4.959.201,91	2.143.342,88	7.102.544,79
neue Haushaltsreste	+	0,00	0,00	0,00
Abgänge auf Haushaltsreste aus Vorjahren	-	0,00	0,00	0,00
Abgänge auf Kassenreste aus Vorjahren	-	0,00	0,00	0,00
Bereinigte Soll-Ausgaben	=	4.959.201,91	2.143.342,88	7.102.544,79

Gesamtbetrag der beim Jahresabschluss unerledigten Vorschüsse und Verwahrgelder

unerledigte Vorschüsse	0,00 €
unerledigte Verwahrgelder	0,00 €

Stand des Vermögens und der Schulden

	Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	Zugang	Abgang	Stand am Ende des Haushaltsjahres
Vermögen	3.892.942,75 €	172.683,77 €	711.781,59 €	3.353.844,93 €
Schulden	399.497 €	0,00 €	50.818 €	348.679 €

Nachrichtlich

In den Rechnungsergebnissen sind enthalten:	Rechnungsergebnis	Haushaltsansatz
Zuführung zum Vermögenshaushalt	633.531,66 €	72.620,00 €
Entnahme aus der Rücklage (nur bei Fehlbetrag im Verwaltungshaushalt)	0,00 €	0,00 €
Rücklagenzuführung (netto)	0,00 €	0,00 €
Rücklagenentnahme (netto)	669.474,65 €	2.643,480,00 €

Abstimmungsergebnis: 12 : 0

Abstimmungsbemerkung:

Zweite Bürgermeisterin Ruf übergibt den Vorsitz wieder an Ersten Bürgermeister Herpich.

TOP 06.	Antrag Gemeinderätin Tatjana Schmitt zur Bürgerbeteiligung bei der Belegung der Jakobstalhalle mit Geflüchteten
Lfd. Nr. 045	

Sachverhalt:

Der Sachvortrag erfolgt durch die Antragstellerin.

Diskussionsverlauf:

Eine Bürgerbeteiligung wird von einem Mitglied des Gemeinderates als sehr problematisch gesehen, da sehr viele verschiedene Meinungen vertreten würden. Auf das Gespräch des Ersten Bürgermeisters mit den Vereinsvorsitzenden im Dezember 2023 wird verwiesen.

Aus dem Gremium wird vorgetragen, dass TOP 6 und 7 der öffentlichen Sitzung das gleiche Thema betreffen; damit ist bei beiden Tagesordnungspunkten die gleiche Diskussion zu erwarten. Erster Bürgermeister Herpich weist auf die unterschiedlichen Zielrichtungen der Anträge hin.

Erster Bürgermeister Herpich verweist auf den Beschluss des Bayer. Verwaltungsgerichts München vom 18.01.2024: Das Landratsamt Bad Tölz-Wolfratshausen darf danach der Gemeinde Greiling vorläufig keine Asylbewerberleistungsberechtigten zur Aufnahme und Unterbringung in eigener Zuständigkeit zuweisen und die Gemeinde zur Bereitstellung entsprechender Unterkünfte verpflichtet. Er wird den entsprechenden Artikel in der Süddeutschen Zeitung dem Gemeinderat zumailen.

Die Pressemitteilung des Bayer. Verwaltungsgerichts München vom 19.01.2024 und der Artikel aus der SZ sind diesem TOP als Anlage ergänzend zum Diskussionsbeitrag beigelegt.

Rechtslage:**Verordnung zur Durchführung des Asylgesetzes, des Asylbewerberleistungsgesetzes, des Aufnahmegesetzes und des § 12a des Aufenthaltsgesetzes (Asyldurchführungsverordnung – DVAsyl)**

§ 5 DVAsyl - Regierungsaufnahmestellen, Gemeinschaftsunterkünfte und dezentrale Unterkünfte
<https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayDVAsyl>

Gesetz über die Aufnahme und Unterbringung der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Aufnahmegesetz – AufnG)

Art. 6 AufnG - Unterbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen, Regierungsaufnahmestellen und Gemeinschaftsunterkünften
<https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayAsylAufnG>

Gesetz über das Landesstrafrecht und das Ordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Landesstraf- und Ordnungsgesetz – LStVG)

Art. 7 Abs. 2 LStVG und Art. 9 Abs. 3 LStVG
<https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayLStVG>

Beschluss 1:**Antrag zur Geschäftsordnung auf Änderung der Tagesordnung:**

Die Anträge unter TOP 6 und TOP 7 sind gemeinsam zu beraten.

Abstimmungsergebnis: 8 : 5

Abstimmungsbemerkung:

Die weitere Protokollierung erfolgt fortlaufend unter TOP 06. 1 und TOP 07.

TOP 06.01	Information: Ingenieurtechn. Begutachtung der Anwesen Hauptstr. 25 und 31
Lfd. Nr. 046	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich gibt im Rahmen der Beratung der TOPs 06 und 07 folgendes bekannt:

Wie bereits in der letzten Gemeinderatssitzung am 12. Januar 2024 – nichtöffentlicher Teil - angekündigt, fand am 19. Januar 2024 eine Besichtigung / Begehung der gemeindeeigenen Immobilien Hauptstraße 25 und 31 statt.

Zusammen mit zwei Fachplanern aus den Bereichen HLS+K und Elektrotechnik, eines Ingenieurbüros (IB) aus einer Nachbargemeinde, wurden die Grundpaarmeter der beiden Liegenschaften erfasst. Das IB hat den Prüfungsauftrag erhalten, festzustellen ob und mit welchem technischen und finanziellen Aufwand die beiden Gebäude kurzfristig für die Unterbringung Geflüchteter hergerichtet werden können. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

TOP 07.	Antrag Fraktion SPD/PB Haltung der Jakobstalhalle zur Nutzung als Unterkunft für Geflüchtete
Lfd. Nr. 047	

Sachverhalt:

Der Sachvortrag erfolgt durch den Antragsteller.

Diskussionsverlauf:

- Es wird kritisiert, dass beide Anträge erst heute behandelt werden. Im Dezember 2024 hatte es wirklich gebrodelt; über die Anträge hätte wenigstens im Januar 2024 beraten werden sollen.
- Dem wird entgegen gehalten, dass zu diesem Zeitpunkt die Gemeinde noch keine Informationen hatte und es auch jetzt immer noch nichts Neues gebe. Die Stimmung war hysterisch, es liegen immer noch keine Fakten vor. Gut sei, dass das Ingenieurbüro Hoh die kommunalen Anwesen bewerte; die Gutachten sollten abgewartet werden. Erst danach sollte eine Abstimmung erfolgen.
Das kulturelle Leben in Theilheim müsse zwar weiter gehen können; dem gegenüber stehe aber eine Notsituation von Menschen. Es wird beantragt, nur über Punkt 1 der Beschlussempfehlung abzustimmen.
- Die Kommunikation sollte künftig besser laufen. Der Ort habe bei der Bewältigung der Flüchtlingssituation Ukraine gemeinsam viel erreicht.
- Auf Anfrage aus dem Gremium teilt Erster Bürgermeister Herpich zur Förderung für die Einrichtung einer dezentralen Asylbewerberunterkunft ab 50 Personen folgendes mit: Die Gemeinde müsse zunächst in Vorleistung gehen und würde pro Tag pro untergebrachter Person 20,00 Euro inkl. Nebenkosten erhalten. Der Gemeinde obliegen zudem einige Betreuungsaufgaben. Dazu gehören u.A. die tägliche Anwesenheitskontrolle der Bewohner, sowie die Postausgabe und das Vereinbaren von Arztterminen.
- Es wird darauf hingewiesen, dass die Gemeinde andere Pläne für die Anwesen Hauptstr. 25 und 31 bei deren Erwerb gehabt habe.
- Es wird die Meinung vertreten, dass Punkt 2 der Beschlussempfehlung als politisches Statement der Hilflosigkeit der Gemeinde zu verstehen sei und den Wunsch nach Unterstützung des Landkreises beinhalte, die Jakobstalhalle zu erhalten, zumal dieser eine Erhöhung der Kreisumlage in Höhe von 5 % ins Kalkül ziehe. Mit dem Landkreis müsse die Situation vor Ort kommuniziert werden. Die Gemeinde könne es aus eigener Kraft nicht schaffen, alle Fronten zu befrieden.
- Erster Bürgermeister Herpich weist darauf hin, dass Asylrecht Bundesrecht sei; es sei klar was finanziell unterstützt werde.
Erster Bürgermeister Herpich betont, dass er persönlich sich der Antragsstellung nicht anschließe.
- Die Historie beider Anträge müsse betrachtet werden. Das Kind war aufgrund der sehr unglücklichen Kommunikation mit den Vereinsvorsitzenden im Dezember 2023 in den Brunnen gefallen. Der Antrag habe die Intention gehabt: Wir als Gemeinderat stehen zusammen.
- Erster Bürgermeister Herpich betont, dass mit den Vereinsvorständen die Gründe der Absage kommuniziert waren: Alle Vorstände hatten Verständnis für die Situation.
Die Hysterie sei mittlerweile komplett verpufft.
Er persönlich könne angesichts der neuen Krisen in der Welt nicht sagen, was auf die Gemeinde noch zukomme; Stand heute werde die Jakobstalhalle nicht benötigt, die Gemeinde suche nach Alternativen.
- Es wird vorgeschlagen, die TOPs zu vertagen. Problem sei die Unbedingtheit der Antragsstellung angesichts von Menschen in Not und der zu fordernden Solidarität.

Rechtslage:

Verordnung zur Durchführung des Asylgesetzes, des Asylbewerberleistungsgesetzes, des Aufnahmegesetzes und des § 12a des Aufenthaltsgesetzes (Asyldurchführungsverordnung – DVAsyl)

§5 DVAsyl - Regierungsaufnahmestellen, Gemeinschaftsunterkünfte und dezentrale Unterkünfte
<https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayDVAsyl>

Gesetz über die Aufnahme und Unterbringung der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (Aufnahmegesetz – AufnG)

Art. 6 AufnG - Unterbringung außerhalb von Aufnahmeeinrichtungen, Regierungsaufnahmestellen und Gemeinschaftsunterkünften

<https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayAsylAufnG>

Gesetz über das Landesstrafrecht und das Ordnungsrecht auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Landesstraß- und Verordnungsgeßetz – LStVG)

Art. 7 Abs. 2 LStVG und Art. 9 Abs. 3 LStVG

<https://www.gesetze-bayern.de/Content/Document/BayLStVG>

Beschluss 1:

Antrag zur Geschäftsordnung:

Es ist ausschließlich über Punkt 1 der Beschlussempfehlung der Fraktion SPD / PB abzustimmen.

Die TOPs werden im übrigen vertagt.

Abstimmungsergebnis: 8 : 4

Beschluss 2:

Antrag zur Geschäftsordnung:

Über die Punkte 2 und 3 der Beschlussempfehlung der Fraktion SPD / PB ist abzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 4 : 8

Abstimmungsbemerkung:

Aufgrund der Beschlussfassung ist der Antrag zur Geschäftsordnung abgelehnt.

Beschluss 3:

Die Gemeinde Theilheim weist das Landratsamt schon heute darauf hin, dass sie die Jakobstalhalle nicht als Notunterkunft zur Verfügung stellen kann.

Im Rahmen des Art. 57 GO „Aufgaben des eigenen Wirkungskreises“ benötigt die Gemeinde Theilheim die Immobilie Jakobstalhalle zur Wahrung der Aufgabenwahrnehmung, besonders der Aufgaben Förderung Jugendertüchtigung, des Breitensports sowie des Gemeinschaftslebens durch kulturelle und soziale Einrichtungen und Veranstaltungen.

Abstimmungsergebnis: 5 : 7**Abstimmungsbemerkung:**

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses ist Punkt 1 der Beschlussempfehlung der Fraktion SPD und PB abgelehnt.

TOP 08.	Europawahlen: Erfrischungsgeld
Lfd. Nr. 048	

Sachverhalt:

Europawahlen: Den Mitgliedern der Wahlvorstände kann für den Wahltag ein Erfrischungsgeld von je 35 Euro für den Vorsitzenden und je 25 Euro für die übrigen Mitglieder gewährt werden (§ 10 Abs. 2 Satz 1 Europawahlordnung – EuWO).

„Da eine darüber hinausgehende Aufwandsentschädigung bundesrechtlich nicht vorgesehen ist, wäre sie freiwilliger Natur und nicht im Rahmen der Wahlkostenerstattung ([§ 25 Abs. 1 EuWG](#) i.V.m. [§ 50 Abs. 1 BWahlG](#)) erstattungsfähig. Als freiwillige Leistungen unterliegen derartige Zahlungen zudem gegebenenfalls haushaltsrechtlichen Restriktionen bei Kommunen mit defizitärer Haushaltsführung.“ (Frommer / Engelbrecht / Bätge, Europa-Wahlrecht, § 10 EuWO)

Zum Vergleich Landtags- und Bezirkstagswahlen: Das Erfrischungsgeld (§ 9 Abs. 2 LWO – Landeswahlordnung-) wird im Rahmen der pauschalen Wahlkostenerstattung nach Art. 17 LWG (Landeswahlgesetz) in Höhe von einheitlich 50 € je Mitglied des Wahlvorstands berücksichtigt; diese Beträge werden bei der Berechnung der Pro-Kopf-Beträge für jede Gemeinde unabhängig von den tatsächlich gewährten Beträgen zugrunde gelegt. (Nr. 4.2 aus der Wahlanweisung für die Landtagswahl und die Bezirkswahl am 2023 vom 12.07.2023). Damit war gemäß Beschluss vom 09.05.2023 ein **einheitliches Erfrischungsgeld von je 50,00 EURO für den Vorsitzenden und je 50,00 EURO für die übrigen Mitglieder des Wahlvorstands** festgelegt. (siehe <https://ris.komuna.net/theilheim/Agendaitem.mvc/Details/30052439/4071>).

Anmerkungen:

- Erster Bürgermeister Herpich hat folgende Wahllokale festgelegt (siehe auch Information vom 07.11.2022 [Festlegung der Stimmbezirke bei künftigen Wahlen; Blitzlicht von den Landtags- und Bezirkswahlen 2023 \(komuna.net\)](#)):
Urnenwahlbezirk 0001 Neues Rathaus
Briefwahlbezirk 0011 Neues Rathaus
Briefwahlbezirk 0012 Jakobstalhalle (Vereinsraum)

Ein Umzug des Wahlvorstandes vom Wahlraum in ein anderes Gebäude zur Auszählung ist bei der Europawahl nicht zulässig.

- Die Auszählarbeiten sind deutlich weniger zeitintensiv als beispielsweise bei den Landtags- und Bezirkstagswahlen: Es wird eine Wahl ausgezählt; der Wähler hat pro Stimmzettel eine Stimme.
- Im Rahmen einer nicht repräsentativen Umfrage während eines Seminars am 24.01.2024 teilte das Gros der Teilnehmer mit, dass ein Erfrischungsgeld von 50,00 EUR festgesetzt wird. Der Seminarleiter empfahl zur Gewinnung von Wahlhelfern eine eher großzügige Festlegung des Erfrischungsgeldes.

Beschluss 1:

Den Mitgliedern der Wahlvorstände wird für den Wahltag ein Erfrischungsgeld von je 35 Euro für den Vorsitzenden und je 25 Euro für die übrigen Mitglieder gewährt.

Abstimmungsergebnis: 2 : 11

Abstimmungsbemerkung:

Aufgrund des Abstimmungsergebnisses ist Alternative 1 des Beschlussvorschlags abgelehnt.

Beschluss 2:

Den Mitgliedern der Wahlvorstände wird für den Wahltag ein einheitliches Erfrischungsgeld von je 50,00 Euro für den Vorsitzenden und für die übrigen Mitglieder gewährt.

Die Gemeinde stellt fest, dass die Festsetzung des gegenüber § 10 Abs. 2 Satz 1 EuWO festgelegten Erfrischungsgeldes zur Gewinnung von Wahlhelfern unabdingbar erforderlich ist.

Abstimmungsergebnis: 11 : 2

TOP 09.	Bekanntmachung von Beschlüssen aus den Sitzungen vom 07.11.2023 und vom 12.12.2023, für die die Nichtöffentlichkeit weggefallen ist
Lfd. Nr. 049	

Sachverhalt:

Gemäß Art. 52 Abs. 3 GO sind die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse der Öffentlichkeit bekannt zu geben, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

Bei folgenden, in nichtöffentlichen Sitzungen behandelten Beschlüssen ist die Geheimhaltung entfallen:

Datum	Gremium	Nr.	Tagesordnungspunkt
07.11.2023	Gemeinderat	354	Energiebesorgungsvertrag ab 01.01.2024 Beschluss: Erster Bürgermeister Herpich wird ermächtigt, mit dem wirtschaftlichsten Anbieter der am 08.11.2023 neu vorgelegten Angebote, einen Energiebesorgungsvertrag für die Anwesen, Grundstücke und die Straßenbeleuchtung abzuschließen. Anmerkung: Erster Bürgermeister Herpich hat am 08.11.2023 einen Dreijahresvertrag mit der N-ERGIE AG, Nürnberg abgeschlossen. In der Sitzung am 12.12.2023 wurde dies bereits bekannt gegeben.
07.11.2023	Gemeinderat	355	Errichtung eines Streusalzsilos; Auftragsvergabe Beschluss: Die Verwaltung wird ermächtigt, auf Grundlage des Vergabevorschlags des Büros Laudenbach, Architektenforum Ochsenfurt, der Firma Südwestdeutsche Salzwerke AG, Heilbronn den Auftrag zum Liefern und Aufstellen eines Streusalzsilos einschließlich Fundamenten, zum Preis von 29.809,50 € brutto zu erteilen. Anmerkung: Eine Bekanntgabe ist bereits in der Sitzung am 08.01.2024 erfolgt.
12.12.2023	Gemeinderat	397	Jakobstalhalle Theilheim; Auftrag für Überarbeitung der Geräteraumtore Beschluss: Aus Sicherheitsgründen wird der Austausch der Tragseile an den Geräteraumtoren in der Jakobstalhalle mit Montage einer zusätzlichen Absturzsicherung bei Seilbruch als notwendig angesehen. Die Verwaltung wird ermächtigt, dafür den Auftrag zu vergeben.

TOP 10.	Informationen des Ersten Bürgermeisters
Lfd. Nr. 050	

TOP 10.01	Information: Kassenprüfung 2023
Lfd. Nr. 051	

Sachverhalt:

Die Kasse wurde am 20.12.2023 durch den Ersten Bürgermeister Herpich örtlich geprüft. Es gab keine Beanstandungen. Die Kasse wird durch die Kassenleitung ordnungsgemäß geführt.

TOP 10.02	Höhere Schlüsselzuweisung aus den Mitteln des Freistaats im Haushaltsjahr 2024
Lfd. Nr. 052	

Sachverhalt:

Der Landkreis Würzburg und seine Gemeinden erhalten im Jahr 2024 Schlüsselzuweisungen in Höhe von 78.154.816,00 Euro. Der Landkreis wird mit 33.642.356,00 Euro unterstützt (+5%), die Gemeinden erhalten 44.512.460,00 Euro (+9%). „Auch in Zeiten steigender Kosten gilt: Unsere Kommunen können sich auf den Freistaat Bayern verlassen!“ so Landtagsabgeordneter Björn Jungbauer.

Für Theilheim stehen im Haushaltsjahr 2024 zusätzlich 90.444,00 € zur Verfügung, was einer Steigerung von 8% entspricht. Die gesamten Schlüsselzuweisungen steigen von 1.073.236,00 auf 1.163.680,00 €.

Die Schlüsselzuweisungen können frei verwendet werden. Deswegen sind sie für viele Kommunen – neben den eigenen Steuereinnahmen - eine wichtige Einnahmequelle. Gerade die freie Verwendung von Mitteln ist ein gutes Instrument für die Kommunen, da diese selbstbestimmt von den kommunalen Gremien festgelegt werden kann und es keine Zweckbindung gibt

TOP 10.03	Information: Verlängerungen Baugenehmigungen KiTA-Interim
Lfd. Nr. 053	

Sachverhalt:

Die Baugenehmigungen für die Maßnahmen

- Errichten eines Containerbaus als Interim-Kindertagesstätte für 3 Kleinkind- und 4 Kindergartengruppen / 136 Kinder, und
- Nutzungsänderung Sportheim zu Räumen für die Interim-Kindertagesstätte

laufen befristet bis 30.04.2024.

Der Bauzeitenplan für die Baumaßnahme KiTA Theilheim musste fortgeschrieben werden. Günstigstenfalls ist mit einer Beendigung dieser Baumaßnahme zum 31.12.2024 zu rechnen. Aufgrund von Unwägbarkeiten, wie sie im Bauablauf leider bereits mehrfach aufgetreten sind, wurde die Abänderung der Geltungsdauer der beiden Baugenehmigungen für die Interimslösung befristet bis längstens 31.03.2025 beantragt.

TOP 10.04	Information: Sanierung der Feuerwehrhauszufahrt
Lfd. Nr. 054	

Sachverhalt:

Die aus Gründen der Sicherheit wichtige Sanierung der Feuerwehrhauszufahrt ist abgeschlossen.

Kostenberechnung 119.000 €

Auftragssumme 91.807 €

Abrechnungssumme 84.189 €

Damit ist man mit der Maßnahme um ca. 34.800 € unter der Kostenberechnung und ca. 7.600 € unter der Auftragssumme geblieben.

TOP 10.05	Einbau der Hubplattform Grundschule verschiebt sich
Lfd. Nr. 055	

Sachverhalt:

Aus technischen bzw. zeitlichen Gründen, verschiebt sich der Einbau der sog. Hubplattform, in das östliche Treppenauge der Grundschule, von den bayerischen Faschings- bzw. Winterferien in die Osterferien 2024 (25. März bis 5. April 2024).

TOP 10.06	Sperrung der Durchfahrt Wirtschaftsweg / Waldweg Theilheim - Lindelbach
Lfd. Nr. 056	

Sachverhalt:

Der Wirtschafts- und Waldweg Richtung Lindelbach, wird zwischen dem 1. Februar und dem 31. März für etwa drei Wochen wegen Grabungsarbeiten komplett gesperrt.

Dies betrifft den Streckenabschnitt zwischen dem Eibelstädter Weg und der Autobahnbrücke über die BAB 3.

TOP 10.07	Bestandene Abschlussprüfung BL II einer Beschäftigten
Lfd. Nr. 057	

Sachverhalt:

Erster Bürgermeister Herpich hat herzliche Glückwünsche zum Abschluss der Ausbildung ausgesprochen.

Die Mitarbeiterin hat im Januar ihre mehr als zweijährige Ausbildung zur Verwaltungsfachwirtin (BVS) erfolgreich abgeschlossen bestandenen Abschlussprüfung beim Beschäftigtenlehrgang II (Fachprüfung II)

Sobald der Gemeinderat den notwendigen Beschluss gefasst hat, wird die Mitarbeiterin dann die Position der Kämmerin der Gemeinde einnehmen.

TOP 10.08	Bericht vom Neujahrsempfang der Gemeinde
Lfd. Nr. 058	

Sachverhalt:

Der Neujahrsempfang 2024 der Gemeinde war leider unterdurchschnittlich besucht. Die Anwesende Mitbürger*innen äußerten sich durch die Bank positiv über den gebotenen Rahmen der Veranstaltung. Der Aufwand zur Organisation einer derartigen Veranstaltung steht leider in keinem Verhältnis zur Zahl der Besucher. Auch die Anwesenheit des Gemeinderates ist verbesserungswürdig. Da die mit der Organisation befassten Personen in 2025 mit der Planung und Durchführung einer anderen, großen Veranstaltung beschäftigt sein werden, entfällt, zumindest im kommenden Jahr der Neujahrsempfang.

TOP 10.09	Nächster Sitzungstermin
Lfd. Nr. 059	

Sachverhalt:

Die nächste Gemeinderatssitzung findet am 04.03.2024 statt.

TOP 11.	Fragen aus dem Gemeinderat
Lfd. Nr. 060	

TOP 11.01	Fragen aus dem Gemeinderat: Helferkreis Seniorenbeauftragte / Nachbarschaftshilfe
Lfd. Nr. 061	

Sachverhalt:

Es wird nach ehrenamtlichen Helfern gesucht; evtl. ist eine Verzahnung mit dem Projekt Nachbarschaftshilfe denkbar.

Wer Interesse an ehrenamtlicher Arbeit habe, kann sich beim Seniorenbeauftragten Reinhold Hofmann melden.

TOP 11.02	Fragen aus dem Gemeinderat: Single-Treff: Aufstocken Kaffeekannen
Lfd. Nr. 062	

Sachverhalt:

Der Vorrat an Kaffeekannen im Vereinsraum der Jakobstalhalle sollte aufgestockt werden.

Für die Richtigkeit:

Thomas Herpich
Erster Bürgermeister

Heike Thoma
GLBin